



CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Kürten

CDU-Fraktion
im Rat der Gemeinde Kürten
Karlheinz-Stockhausen-Platz 1
51515 Kürten

Fraktionsvorsitzender und
Pressesprecher
Joachim Zähl
☎ 02268 2570

✉ joachim.zaehl@cdu-kuerten.de

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Marc Beer
☎ 02207 705017

✉ marc.beer@cdu-kuerten.de

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender und
Geschäftsführer
Timo Friedrich

☎ 0160 94719603

✉ timo.friedrich@cdu-kuerten.de

Schatzmeister

Frank Rausch
☎ 02207 3207

✉ frank.rausch@cdu-kuerten.de

Kürten, 04.03.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Endlich frei!

Dies ist einleitend für den Haushalt 2021 doch eigentlich eine ganz positive Feststellung, oder?

Nachdem Kürten 2011 Stärkungspakt-Kommune geworden ist, standen seither alle Haushalts-Aktivitäten immer unter den zwingenden Vorgaben, mit den Mitteln des Stärkungspaktes Fehlbeträge abzubauen und ab 2016 im Ergebnisplan einen Haushaltsausgleich herbei zu führen!

Ein ausgeglichener Haushalt ist auch im letzten Jahr unserer ‚Mitgliedschaft‘ des Stärkungspaktes soeben darstellbar, auch wenn es zum Ende hin immer schwerer gefallen ist und nach den ersten Veröffentlichungen zur Erhöhung der Kreisumlage ohne erhebliche Steuererhöhungen nicht mehr möglich erschien.

Corona heißt das allumfassend größte Übel, was die ganze Welt im Jahre 2020 erteilte und uns auch auf nicht absehbare Zeit in 2021 beherrschen wird.



Neben Infektionen, Krankheiten und Tod schränkt uns diese Krankheit in unserem freiheitlichen Denken und Handeln massiv ein und hat daneben kaum kompensierbare Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, auf unsere Finanzen und nicht zuletzt auf unsere Haushaltssituation.

Durch eine Verschiebung der finanziellen Auswirkungen werden trotzdem noch Generationen nach uns die durch Corona entstandenen Kosten abschreiben...ab 2025 dann jährlich ein Fünftel der isolierten Corona-Kosten.

In dieser ausgesprochen heiklen Notsituation, in der auch unsere Gemeinde existentielle Haushaltsnöte durch Einbrüche bei den Steuererträgen unter gleichzeitigen situationsbedingten Erhöhungen auf der Ausgabenseite zu bewältigen hat, teilten dann der Landrat und die Kreisverwaltung im November ihr Vorhaben mit, die Kreisumlage um 2,5 Prozentpunkte zu erhöhen. Scheinbar unbeeindruckt von der allgemeinen Not, beabsichtigt der Kreis ‚zukunftssichere‘ Projekte vorantreiben zu wollen. Hinzu ist eine erhebliche Stellenmehrung beim Personalaufwand geplant und im Hinblick auf die Corona-Notsituation ist keine Abschmelzung der Ausgleichsrücklage vorstellbar!

Nur durch ein nie da gewesenes Remonstrieren der Kämmerer und Bürgermeister des Kreises, sowie durch begleitende heftige Kritik an diesem Vorhaben durch die Politik bis hin in die kleinsten Gliederungen vor Ort, kommt es offenbar dann doch noch zu einem Einlenken des Kreistages bei der Haushaltsverabschiedung des Kreises am 25.03.2021.

Eine durch den Kreis verursachte Steuererhöhung mitten in der Corona-Krise wäre dem Bürger auch nicht vermittelbar gewesen und wir als CDU-Fraktion in Kürten hätten Erklärungen hierfür auch nicht vermitteln wollen.

Aber auch ohne eine Erhöhung der Kreisumlage kommen finanziell schwere Zeiten durch zahlreiche Investitionen auf Kürten zu:

Allen voran ist hierbei die Sanierung und Erweiterung der Gesamtschule zu nennen, sowie in weiteren Projekten die Sanierung der Sülztalhalle, zahlreiche Sanierungen an den Grundschulen und die Erstellung von neuen Feuerwehrgerätehäusern in Dürscheid und Olpe.

Sanierung Gesamtschule

Die CDU-Fraktion möchte grundsätzlich klar zum Ausdruck bringen, dass wir hinter der Sanierung und Erweiterung der Gesamtschule stehen und die Baumaßnahmen nicht hemmen wollen, sondern diese schnellst möglich beginnen lassen wollen.



Schnellst möglich bedeutet aber kein bedingungsloses ‚Go!‘ unter Ignoranz einer schon als ‚inflationär‘ zu bezeichnender Kostenentwicklung mit offenem Ende.

Im Interesse aller Kürtener Bürger, die letztendlich die Gesamtkosten durch zukünftige Steuerbeiträge tragen müssen, gehört es aber zu unserer Verpflichtung als Ratsmitglieder, solange wie irgend möglich und so gründlich wie möglich Einsparpotentiale zu eruieren.

Hierbei müsste doch zwischenzeitlich allen Beteiligten auffällig geworden sein, dass die Kostensituation seit der Vorplanung und der Entwurfsplanung bis hin zur Ausführungsplanung eklatant in die Höhe geschossen ist!

Nur ganz grob, im Zeitraffer skizziert, einmal die Entwicklung von 2018 bis heute:

- Mai 2018
Gesamtausgaben der Sanierung und Aufstockung Gesamtschule und Sanierung der Mehrzweckhalle:
 - erster Antrag auf Fördermittel im Mai 2018: 42 Millionen Kosten,
 - überarbeiteter Antrag, Stand 14.05.2018: 46.531.777 Millionen Kosten

- 05.11.2019
Beschluss des Sonderausschusses Sanierung, Vorlage Nr. III/650/SaS:
 - Kernsanierung Gesamtschule, Mehrzweckhalle und Außenanlagen
Bereitstellung Mittel: 55 Millionen
Veranschlagung Fördermittel: 12 Millionen

- 09.09.2021
 - Beschluss des Rates, Bereitstellung Mittel: 60, 5 Millionen

- Dezember 2021
 - Erhöhung der Kostensumme durch die Verwaltung auf 63 Millionen!
 -

Zusammenfassend ist hier in einem Zeitraum von nicht einmal 3 Jahren die Ausgabenhöhe um 21 Millionen Euro gestiegen, wobei eine Fördermittelveranschlagung in Höhe von 12 Millionen von der Verwaltung mittlerweile offenbar vollkommen verloren wurde.

Aus diesem Grunde ist es allerhöchste Zeit, den ständig steigenden Ausgabenansätzen Einhalt zu gebieten und deshalb weigert sich die CDU-Fraktion auch, eine Erhöhung der Kostensumme auf 63 Millionen Euro im Haushalt zu verabschieden und besteht auf die Veranschlagung in Höhe von 60,5 Millionen gemäß des noch ‚jungen‘ Ratsbeschlusses vom September 2020.

Hierbei soll jedoch nicht das Gefühl einer Art ‚Deckelung‘ nach dem Motto ‚seht zu, wie Ihr damit zurechtkommt!‘ entstehen.



Um die Zielvorgabe von 60,5 Millionen weiterhin anvisieren zu können, ist es in einem weiteren Schritt erforderlich, nach Möglichkeiten zu Kosteneinsparungen zu suchen.

Stornierung Auslagerungsbau

Ein erster Ansatz ist für die CDU-Fraktion hier, dass das Auslagerungsgebäude im Steinbruch nicht errichtet wird und im Gesamtprojekt als spätere Flüchtlingsunterkunft keine Berücksichtigung mehr findet.

Stattdessen sollen während der Bauzeit Container zur Auslagerung der Unterrichtsräume aufgestellt werden. Der Verbindungsweg zwischen dem Gesamtschulkomplex und den Auslagerungscontainern soll nur in einem Standard angelegt werden, der einer Interimslösung der Auslagerung gerecht wird. Gemäß Projektkostenübersicht der Planer vom Januar 2021 sind für den Auslagerungsbau Kosten in Höhe von 4,4 Millionen Euro angesetzt. Angemietete Container sind mit etwa 1,2 bis 1,5 Millionen Euro in Ansatz zu bringen. Dies ergibt eine Ersparnis von rund 3 Millionen Euro.

Die Argumente der Planer, dass stattdessen aber für mindestens 56 Bewohner ein Ersatzgebäude erstellt werden müsse, für das es keine Grundstücksoptionen ergäbe, sind nicht haltbar:

- Woher nimmt die Verwaltung die Erkenntnis, in 5 Jahren mindestens 56 Personen unterbringen zu müssen?
- Wieso gibt es zukünftig keine Grundstücksoptionen für die heute nicht belegbare Notwendigkeit einer neuen Flüchtlingsunterkunft?
In den kommenden Jahren wird die Gemeinde Kürten beispielsweise zwei Feuerwehrgerätehäuser in Dürscheid und Olpe neu errichten. Über eine Nachfolgeverwendung der dann leer gezogenen alten Feuerwehrgeräte ist noch zu diskutieren. Möglicherweise könnte das ein oder andere Altgebäude dann zu einer Flüchtlingsunterkunft umgebaut werden-

Vollkommen überzogen ist der von der Verwaltung in ihrer neuesten Vorlage aufgeführte Kostenansatz zur Erstellung eines Ersatzgebäudes in Höhe von 3,571.080 Millionen Euro:

Erinnern wir uns doch einmal an die Verwaltungsvorlage HFA/075/2015/2, Schaffung von Wohnraum zur Unterbringung von Flüchtlingen, vom Jahresbeginn 2016: Damals sollte ein attraktives Modulbau-Fertiggebäude gekauft und in Eichhof errichtet werden, welches der Unterbringung von ca. 80 Asylbewerbern dienen sollte. Der Kaufpreis betrug damals 977.061,40 Euro brutto!Kostensteigerung in 5 Jahren über 200 Prozent?



Die CDU-Fraktion hat damals den Kauf des Modulbau-Fertiggebäudes abgelehnt! Wie die anschließende Entwicklung gezeigt hat, war die Ablehnung eine ausgesprochen gute Entscheidung.

Auch heute lehnen wir die Errichtung des Auslagerungsgebäudes mit einer späteren Verwendung als Flüchtlingsunterkunft ab. Wir sind sicher, dass es auch diesmal eine gute Entscheidung sein wird.....und entgegen der Berechnungen der Verwaltung gehen wir von einer Kostenersparnis von mindestens 3 Millionen Euro aus!

Unterstützung Splash

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hat sich die CDU-Fraktion nunmehr seit fast 5 Monaten mit der Frage befasst, wie der ‚Hilferuf‘ der Betreiber des Splash-Bades zum weiteren Betrieb des Erlebnisbades zu bewerten ist. In einem zweiten Schritt galt es abzuwägen, welche Art Hilfestellung gewährt werden könne und ob diese Hilfestellung schließlich den Kürtener Bürgern gegenüber vertretbar wäre.

Dieser ‚Hilferuf‘ wurde von den Betreibern des Bades ohne Umschweife dergestalt formuliert, dass der Badbetrieb nicht weitergeführt werden könne, wenn die Gemeinde Kürten den jährlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 210.000 Euro nicht erhöhen würde auf 50.000 Euro mtl., sprich 600.000 Euro im Jahr, umgerechnet auf eine zunächst avisierte Laufzeit von 10 Jahren.

Diese jährlichen 600.000 Euro wurden aber schon wenige Wochen später durch den zwischenzeitlich von den Splash-Betreibern engagierten Berater in ihrer Laufzeit auf 15 Jahre verlängert, was ein Gesamtzuschussvolumen der Gemeinde Kürten von 6 Millionen Euro auf 9 Millionen Euro bedeuten würde.

Festzustellen bleibt hierbei, dass es sich bei dem Betriebskostenzuschuss um sogenannte ‚Freiwillige Leistungen‘ der Gemeinde handelt (vergleiche beispielhaft die Förderung der offenen Jugendarbeit= 19.250 Euro, Musikschule= 10.000 Euro, Turnhalle Offermannsheide= 6.000 Euro).

Durch die heutigen Besitzer wurde nur 2 Jahre nach der Übernahme des ‚Splash‘ vorgetragen, dass die Technik des Bades und mehrere Anlagen in einem derartig maroden Zustand sei, dass in den nächsten Jahren allein für Sanierungen ein Investitionsvolumen von 1,5 Millionen Euro erforderlich wären.

Hier sei die Frage erlaubt, warum das nicht schon beim Kauf des Bades bemerkt worden ist?

Letztendlich ergaben sich nur wenige zu prüfende Handlungsoptionen, die entweder von den Betreibern selbst eingebracht wurden bzw. die dem ein oder anderen politischen Vorschlag entstammten:

- 50.000 Euro monatlicher Betriebskostenzuschuss,
- Darlehen der Gemeinde Kürten durch Weitergabe ‚günstiger Konditionen‘ für gemeindliche Darlehensaufnahmen,



- Minoritäten-Beteiligung der Gemeinde an der defizitären Betreibergesellschaft
- Die geforderte Erhöhung auf einen mtl. Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro ist den Kürtener Bürgern nicht vermittelbar, insbesondere im Hinblick auf die äußerst angespannte Haushaltssituation und zukünftig anstehender, immenser Investitionen. Die Gelder für die vorrangigen Baumaßnahmen der Zukunft werden mittelfristig zu nennenswerten Grundsteuererhöhungen für die Kürtener Bürger führen. Ein von den Splash-Betreibern geforderter Betriebskostenzuschuss mit einem Gesamtvolumen von 9 Millionen Euro würde die Grundsteuererhöhungen in Kürten zudem noch erheblich potenzieren.
- Die Weitergabe von ‚günstigen‘ Darlehen einer Kommune an Dritte ist rechtlich nicht erlaubt.
- Ein sonstiges Darlehen der Gemeinde oder gar eine Beteiligung der Gemeinde am Splash-Bad bedingen u. a. Rückzahlungssicherheiten, die im Falle einer Insolvenz der Betreiber anteiligen Besitz an der Immobilie Splash bedeuten würden und uns wieder in die Situation von 1996, nämlich drohenden Maßnahmen zur Abwendung von Verkehrssicherungsmaßnahmen bringen würden.

Eine Prüfung der durch die Betreiber zur Verfügung gestellten Unterlagen hat insbesondere ergeben, dass die Umsätze des Bades inklusive der Zahlungen der Gemeinde Kürten nicht ausreichen, die laufenden Kosten des Schwimmbadbetriebes zu decken!

Die CDU- Kürten hat großes Interesse daran, dass das Splash-Bad seine derzeitige Krisensituation überstehen wird und zukünftig seinen Betrieb als Sauna- und Bade-Land wieder aufnehmen kann.

Hierzu haben wir unsere Bereitschaft signalisiert, zukünftig, ab Wiedereröffnung des Bades, einen monatlich zahlbaren Betriebskostenzuschuss in Höhe von 20.000 Euro freigeben zu wollen. Hinzu kämen für die Betreiber noch die Kostenzahlungen der Gemeinde für das Schulschwimmen, sowie ab dem Jahr 2022 ein zusätzlich zu zahlender Preissteigerungsindex.

Die CDU- Kürten hält aber darüber hinaus jede andere finanzielle Unterstützung des Bades durch die Gemeinde für verantwortungslos und nicht vermittelbar.

Müllentsorgung

Eine Entscheidung zur Art und Weise der zukünftigen Müllentsorgung muss leider schon vom Abfallbeirat in seiner nächsten Sitzung am 09.03.2021 abschließend beschlossen werden.



CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Kürten

Hier gilt es zwischen mehreren Alternativen abzuwägen. Im Kern aber muss entschieden werden, ob das Wiegesystem beibehalten wird oder ob es abgeschafft werden soll und welche Umstellung alternativ erfolgen soll.

Ein Bürgerentscheid zur Abschaffung oder Beibehaltung des Wiegesystems ist leider auf Grund der Kürze der Zeit bis zur Ausschreibung nicht mehr möglich.

Ausführliche Beratungen mit professioneller Begleitung im HFA durch die Firma Infas sind für die CDU-Fraktion, nach Abwägung aller Argumente, ausschlaggebend, für die Beibehaltung des Wiegesystems zu plädieren.

In der ersten Sitzung des Klima- Umwelt- und Zukunftsausschusses wurde der Sachstand des Klimaschutzkonzeptes vorgestellt. Das Klimaschutzkonzept als Grundlage des Handelns muss vorangebracht und dann mit Leben gefüllt werden.

Ein erster konkreter Ansatz ist hierbei sicherlich die Auftragsvergabe für die Projektierung einer sicheren Radwegeverbindung zwischen Biesfeld und Spitze.

Aber auch die Aussicht auf weitere Projekt-Vorschläge durch die Erstellung der Isek-Studie macht dahingehend Mut, dass sich Kürten insgesamt weit aufgestellt positiv entwickeln wird.

Eine Arbeitsgruppe Haushalt der CDU-Fraktion hat sich im Vorfeld der Haushaltsberatungen im HFA mit dem Bürgermeister und Mitarbeitern der Kämmerei zu einer konstruktiven Vorbesprechung zusammengesetzt und viele unserer Fragestellungen klären können, aber auch im Gegenzug die Verwaltung schon über unsere Änderungswünsche und Anträge informieren können.

Hierfür möchten wir uns bei unserem Bürgermeister und den beteiligten Mitarbeitern der Verwaltung für ihren Einsatz bedanken.

Letztlich fanden dann alle Vorstellungen der CDU-Fraktion in der nachfolgenden HFA-Sitzung und in der Fassung des 3. Änderungsdienstes ihre Berücksichtigung, so dass die Verwaltung uns heute einen Haushaltsentwurf zur Abstimmung vorlegt, dem die CDU-Fraktion bei zwei Enthaltungen zustimmen kann.

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Kürten, den 03.03.2021,

Joachim Zähl
Fraktionsvorsitzender der CDU